

Jürgen Leipold

GRÜNDERJAHRE

Zur Vor- und Frühgeschichte der Universität Konstanz

Die Geschichte der Universität Konstanz beginnt am 6. September 1959 bei einer Bauernversammlung in der Nähe von Singen und sie beginnt mit einem Zettel.¹ Den erhält der damalige Konstanzer Landrat vom damaligen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, der auf dem Zettel eine Idee notiert hat: *Ich habe vorhin (Stadtrat) den Gedankenfalls neue Universitätsgründungen notwendig werden- Konstanz für unser Land vorgeschlagen.*²

Eine Idee ist noch keine Geburt. Für das eigentliche Geburtsdatum kommen mehrere Ereignisse in Betracht:

- Im Dezember 1963 werden mit Landtagsbeschluss die Gründungsausschüsse für die geplanten neue Universität Konstanz und die Medizinische Hochschule Ulm berufen.
- Am 27. Februar 1964 beschließt der Landtag, in Konstanz und Ulm Hochschulen zu errichten.
- Am 28. Februar 1964 wird Gerhard Hess zum Gründungsrektor ernannt.
- Die ersten sieben Professoren erhalten am 26. März 1966 im Konstanzer Rathaus vom Ministerpräsidenten ihre Ernennungsurkunden. Es sind dies:
Hans Aebli, Psychologie,
Waldemar Besson, Politische Wissenschaft,
Ralf Dahrendorf, Soziologie,
Hans Robert Jauss, Romanistik,
Franz Georg Maier, Alte Geschichte,
Herbert Nesselhauf, Alte Geschichte,
Wolfgang Preisendanz, Germanistik.

Auch die ersten Studenten kommen 1966. Viel spricht also für dieses Jahr und letztlich entscheidet sich die Universität für ihr Gründungsdatum für eine steingewordene Manifestation, die alle Zweifel, ob es je zu einer Universität Konstanz kommen sollte, unwiderruflich beseitigt: die Grundsteinlegung auf dem Gießberg am 21. Juni 1966.

Ich habe in dieser Einrichtung in 44 Jahren wesentliche Teile meines Lebens zugebracht, als Student sowie als angestelltes und beamtetes Mitglied der Universität. Mit der Matrikelnummer 58 kam ich hier am 6. März 1967 an, bin damit auch Teil der »Generation Insel«, benannt nach dem Insel-Hotel, von dem Teile erstes Domizil der jungen Universität waren. Im Frühjahr 1967 gehören dazu 20 Professoren, darunter auch zwei Na-

turwissenschaftler: Peter Hemmerich und Horst Sund, 37 wissenschaftliche Assistenten und Mitarbeiter, 70 Studierende. Rektor Hess geht in seinem ersten Rechenschaftsbericht,³ nicht zufällig erstattet am 21. Juni 1967, auf den jeweiligen Frauenanteil nicht ein. Man kann daraus aber entnehmen: Es gibt keine einzige Professorin, unter den 37 Köpfen im akademischen Mittelbau sind sechs Frauen, die Anzahl von Studentinnen bleibt offen. Zur ersten Generation gehört auch der Kern der Universitätsverwaltung und der Universitätsbibliothek.

ZUR GRÜNDUNGSGESCHICHTE

Gründungsdaten und Gründer der traditionellen baden-württembergischen Universitäten sind vergleichsweise einfach zu beschreiben:

Heidelberg 1386 von Kurfürst und Pfalzgraf beim Rhein Ruprecht I.,

Freiburg 1457 von Erzherzog Albrecht VI. von Österreich,

Tübingen 1477 vom württembergischen Grafen Eberhard im Bart.

Mit den Gründern ist auch die Namensgebung klar.

In einem demokratischen Staat ist das schwieriger. Kurt Georg Kiesinger als Gründungsvater und Namensgeber? Was brachte Kiesinger zu seinem Vorschlag? Die Frage führt zu einem kurzen, stark vereinfachten Blick auf die Bildungs- und Hochschulpolitik der 1950-er und 1960-er Jahre. In dieser Zeit steigen die Studierendenzahlen beständig an. Immer mehr junge Menschen drängen an die Hochschulen und bleiben dort immer länger. Die höheren Zahlen und die längere Studiendauer verweisen auf qualitative wie quantitative Probleme. Der Wissenschaftsrat, eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder, legt dazu zwei umfangreiche Denkschriften vor: Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen (1960)⁴ und »Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen« (1962).⁵ Beide werden große Bedeutung für die geplante Universität Konstanz haben.

Die bildungspolitische Diskussion intensiviert sich Mitte der 1960-er Jahre. Sie wird wesentlich geprägt von zwei Artikelserien und zwei Namen: 1964 erscheinen in der evangelischen Wochenzeitung »Christ und Welt« vier Artikel des Lehrers, Theologen und Erziehungswissenschaftlers Georg Picht, die er im selben Jahr in einem Buch mit dem Titel »Die deutsche Bildungskatastrophe«⁶ zusammenfasst. Picht moniert die im Vergleich zu anderen Ländern geringe Abiturientenquote, ein großes Stadt-Land-Gefälle im Bildungswesen, fordert Reformen im Schulsystem. Es brauche mehr Geld für die Bildung, sonst droht der dritte Zusammenbruch der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert. Pichts Kernthese lautet: Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand.

Ralf Dahrendorf, mit 29 Jahren schon 1958 Professor, erst in Hamburg, dann in Tübingen, ist ein Shooting-Star nicht nur in der deutschen Soziologie und nicht nur in der akademischen Welt. Er veröffentlicht 1965 sechs Artikel in der Wochenzeitung »Die

ZEIT«. Der Titel des daraus entstandenen Buches signalisiert zugleich ein politisches Programm: »Bildung ist Bürgerrecht«. ⁷ Bildung wird als Grundrecht verstanden, die gleichberechtigte Teilnahmemöglichkeit aller Schichten am Bildungswesen und Strukturreformen werden als unumgänglich gefordert: *Kann ein Land reich sein und die Gesellschaft im Wohlstand erhalten, ohne seine Schulen und Universitäten weit zu öffnen und von Grund auf zu verändern?*

Die Vorschläge des Wissenschaftsrats, Pichts und Dahrendorfs Kritik und ihre programmatischen Forderungen bleiben nicht im akademischen Raum, sondern beeinflussen politische Diskussion und Praxis, aber auch die Studierenden. In einer Mitgliederversammlung des »Verbandes Deutscher Studentenschaften« diskutieren wir im März 1965 im Mainzer Schloss vier Tage und Nächte über die »Aktion 1. Juli«. Bundesweit soll an diesem Tag gegen den Bildungsnotstand und für Bildungsreformen demonstriert werden. Aber nicht die Bildungspolitik steht im Mittelpunkt der Mainzer Diskussionen, sondern die Frage des »Politischen Mandats«: Darf eine zwangsverfasste Studentenschaft sich überhaupt zu politischen Fragen äußern, muss sie sich nicht strikt auf die Hochschule beschränken? Exponent der Gegner des »politischen Mandats« ist ein gewisser Eberhard Diepgen, nachmals Regierender Bürgermeister in Berlin. Die rigide Beschränkung auf die Hochschule führt zu grotesken Verrenkungen. Wir haben damit in Tübingen einschlägige Erfahrungen: Ein ehemaliger Humboldt-Stipendiat an der Universität Tübingen, Neville Alexander, ein Kampfgefährte von Nelson Mandela, wird in Südafrika inhaftiert. Der Tübinger Rektor will eine Geldsammlung für ihn verhindern, genehmigt sie schließlich, solange sie eine reine Prozesskostenhilfe ohne jeden politischen Bezug sei.

Die VDS-Mitgliederversammlung stimmt schließlich mehrheitlich für die Aktion. Bundesweit gehen am 1. Juli 1965 Studierende massenweise zu Demonstrationen, geschätzte 100 000 (von 250 000). In Tübingen sind es 5000, ebenso in Heidelberg und Freiburg.

Dass Kiesinger eher von Picht als von Dahrendorf beeinflusst ist, zeigt seine Regierungserklärung im Juni 1964. ⁸ Er verweist auf die vom Wissenschaftsrat geforderte und vom Land vollzogene Erhöhung der Personal- und Sachmittel für die Hochschulen. Deren Förderung sei nicht alleine ein wirtschaftliches Problem: *Die Landesregierung misst den Überlegungen und Bemühungen zur Hochschulreform die größte Bedeutung bei.* Bei einem Vergleich des Abiturientenanteils zwischen Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Schweden und der Bundesrepublik stehe diese an letzter Stelle. Trotz eines Bevölkerungsanteils von 46 Prozent liege der Anteil von Studierenden aus Arbeiterfamilien nur bei 6 Prozent. *Die Ausschöpfung der Begabungsreserven ist längst nicht mehr eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, sondern eine Lebensfrage für unser Volk, wenn es im Wettbewerb mit den übrigen Völkern Schritt halten will.* ⁹

Nun wäre es gewiss verfehlt, anzunehmen, Kiesinger hätte all die Überlegungen zur Bildungs- und Hochschulreform bereits 1959 in sich getragen. Den Gedanken und

den Zweifel an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit findet man bei ihm allerdings schon damals: *Wenn ich sehe, was in der Sowjetunion an akademischen Jungbürgern herangebildet wird, verglichen mit dem Ausbildungsstand der westlichen Welt, dann kann einem doch manchmal angst und bange werden angesichts unseres viel geringeren Nachwuchses*¹⁰ (Landtag am 9. Dezember 1959). Aber man sollte nicht mehr in den berühmten Zettel interpretieren als darauf steht, nämlich: falls eine neue Universität nötig sein sollte, dann sollte diese in Konstanz stehen.

WESHALB DER STANDORT KONSTANZ?

Warum aber Konstanz? Die Antwort findet sich – nicht nur aber wesentlich – in der sogenannten Baden-Frage. Zur Erinnerung: Im Dezember 1951 stimmt die Bevölkerung in den drei Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und (Süd-)Baden über einen Zusammenschluss zum neuen Bundesland Baden-Württemberg ab. In (Süd-)Baden sind 62 Prozent der Wähler gegen den Zusammenschluss, die Stimmen in allen Ländern zusammengezählt ergibt eine Mehrheit für das neue Bundesland. In (Süd-)Baden bleiben Wut, und es bleibt eine schwärende Wunde: »Morbus badensis« nennt der badische Staatspräsident Leo Wohleb sie. Dass das Bundesverfassungsgericht die Zählmethode 1956 verwirft, führt zur Volksabstimmung im Juni 1970, die – diesmal demokratisch korrekt – den Zusammenschluss bestätigt.

Der Vorschlag einer Universität in Konstanz ist auch als Balsam für die wunde badische Seele gedacht, was so schlicht natürlich nicht gesagt werden darf. Kiesinger erklärt dem Landtag am 9. Dezember 1959 seinen Vorschlag so: *Wer wirklich baden-württembergisch denkt, der sieht Konstanz als das Zentrum einer Landschaft zwischen Iller und Schwarzwald, eines großen natürlich zusammengehörigen Raumes, des Bodenseeraumes, in dem nun wirklich ein Versäumnis von mehr als hundert Jahren gutzumachen ist.*¹¹

Vom »Zettel« bis zur »Wiedergutmachung« ist es noch ein weiter, steiniger Weg.

Noch 1965, als eigentlich alles auf den Weg gebracht ist, äußert ein hörbar genervter Ministerpräsident im Landtag: *Dieses ewige Herumgemäkele an den Neugründungen ist nachgerade ermüdend.*¹² Wo die einen Wiedergutmachung beanspruchen, sorgen die anderen sich um künftige Benachteiligungen. Wenn in der Landtagsdebatte zum Gründungsbeschluss (Februar 1964) auch Öhringen und Crailsheim als mögliche Standorte für eine neue Universität genannt werden, dann ist das für sich gesehen kaum ernst zu nehmen, wohl aber ein deutlicher Ruf: »Wir sind auch noch da«, ein Ruf, den zu wiederholen auch die alten Hochschulen nicht müde werden.

Schon früh ist klar: Eine neue Hochschule mit dreitausend Studierenden wird nur bedingt andere entlasten. Sie braucht zu ihrer Rechtfertigung ein anderes Ziel: Sie muss eine Modell- und eine Reformuniversität werden. Sie wird politisch nur durchsetzbar

sein, wenn auch andere Landesteile Stuttgarter Wohltaten bekommen und wenn gleichzeitig die bestehenden Hochschulen gefördert werden.

Die Lösung findet Kiesinger zum einen in der steten Wiederholung des Versprechens: *Unter den Neugründungen sollen die bestehenden Hochschulen nicht leiden*¹³, zum anderen darin, ein Paket zu schnüren. Darin sind enthalten die Neugründungen Ulm und Konstanz und die zweite Medizinische Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim. Dies alles zusammenzubinden – und davon außer dem Landtag auch den Finanzminister zu überzeugen – ist Kiesingers Verdienst. Auch dies ist eine Antwort auf die Fragen nach der Vaterschaft. Die Frage nach der Namensgebung stellt sich die junge Universität bewusst und selbstbewusst nicht: Universität Konstanz reicht aus, gelegentliche nahe liegende Vorschläge – 1968 »Jan-Hus-Universität«, später »Friedrich-Hecker-Universität« bleiben erfolglos.

Verlassen wir jetzt die Bühne der Landespolitik und wenden uns den »Randleuten« zu. Randleute sind Leute, die in Randgebieten wohnen. Kiesinger meint damit den Bodenseeraum und dessen Bewohner, die sich als *vernachlässigte Randgebiete ihres Staates*¹⁴ betrachteten. So deutlich sagt er das aber erst 1976, in den ersten Nach-Zettel-Jahren spricht er zurückhaltender davon, es gelte, den Raum aus einem Dornröschen-Schlaf¹⁵ zu wecken. Den sprichwörtlichen Kuss des Prinzen sucht man freilich vergebens und die Randleute dürften auch eher einen Paukenschlag verspürt haben. Ihre Begeisterung ist jedenfalls kaum zu bremsen. Schon vier Wochen nach Kiesingers Auftritt in Singen begrüßt der Konstanzer Gemeinderat einstimmig *den Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten, im Bodenseeraum mit Schwerpunkt Konstanz eine Universität zu errichten*. Damit nicht genug fügt er auch gleich ein heiliges Gelöbnis dazu: *Die Stadt Konstanz wird ihrerseits alles tun, um dieses bedeutungsvolle Vorhaben in möglichst naher Zukunft zu verwirklichen*.¹⁶ Später wird sich die Stadt mühen, den versprochenen Blankoscheck nicht einlösen zu müssen.

Vorerst aber ist kein Satz zu hochtrabend, die historische Dimension des Vorschlags gebührend zu unterstreichen, wie es der oberste Repräsentant der Stadt im Konstanzer Almanach 1960 tut: *Die Bürger der Stadt Konstanz betrachten die Verwirklichung des Universitätsgedankens als einen Anruf der Geschichte, um ihrer Stadt wieder ein wenig vom Glanz zurückzugeben, den sie in früheren Jahrhunderten besessen hat*.¹⁷ Der »Anruf an die Geschichte« ist eher ein Ruf »Zurück in die Zukunft«, wird von Oberbürgermeister Bruno Helmle und anderen vielfach wiederholt und variiert, doch nie konkret unterfüttert. Es herrscht einfach Konsens, dass Konstanz eine große geschichtliche Vergangenheit habe, die es gelte, wiederzufinden. Das »vernachlässigte Randgebiet« sieht sich schon im Zentrum Europas: *Eine Universität Konstanz kann Mittelpunkt eines gesamteuropäischen Geistesschaffens werden*;¹⁸ sie zu fördern sei nicht nur Aufgabe des Landes, sondern *müsste im Hinblick auf die Grenzsituation auch Aufgabe des Bundes sein*. Helmle verspricht, *das schönste Gelände rund um den Bodensee wird zur Verfügung gestellt und – in Fahrt gekommen – bezieht in das Angebot auch das Neue Schloss in Meersburg und (nicht näher bezeichnete) Räume auf der Insel Reichenau mit ein*.¹⁹

Es sind langwierige und schwierige Verhandlungen nötig, um die Grundstücke für den Bau der Universität zu sichern – über 200 Hektar auf dem Gießberg werden dafür benötigt. In einer Denkschrift des DGB-Ortskartells, initiiert vom DGB-Vorsitzenden und SPD-Stadtrat Erwin Reisacher, werden massive Bedenken formuliert. Reisacher datiert sie in seinen Erinnerungen²⁰ auf Herbst 1966, richtig ist wohl Herbst 1963. Die Bedenken: Die Stadt müsse, was sie nicht könne, 37 Millionen DM in bar erbringen, andere Gemeinschaftsausgaben seien gefährdet, die Stadt verliere ihren gesamten Wald, eine neue, eine »Bürgersteuer« drohe. Die Denkschrift, gewiss polemisch überhöht, erzeugt gewaltigen Wirbel, die Befürchtungen bleiben freilich, was sie sind: Befürchtungen.

Im Februar 1965 können schließlich die Grundstücksverträge unterschrieben werden. In einer komplizierten Mischung aus Ringtausch, Realersatz und Geld erhält Graf Bernadotte für die Hergabe seiner Grundstücke 150 Hektar Wald und 20 Hektar Naturschutzgebiet. Auch die Spitalstiftung profitiert, ebenso die Stadt, die die Landesmillionen in den Bau der Berchenschule steckt.

KONSTANZ IN DEN 1960-ER JAHREN

Werfen wir nun einen Blick auf die künftige Universitätsstadt²¹: Konstanz hat 1960 etwa 53 000 Einwohner, 1967 schon 59 000 und Ende der 1960-er Jahre 62 000. Die Stadtspitze besteht aus Oberbürgermeister Dr. Bruno Helmle (seit 1959), katholisches CDU-Mitglied, Baubürgermeister Dr. Werner Dierks (seit 1962), evangelisches CDU-Mitglied. Die Konfession zu nennen, ist nicht unwichtig, spielte sie doch eine wesentliche Rolle bei den OB-Wahlen 1957/59, die durch Schlammschlachten und tiefe Verletzungen gekennzeichnet sind. Zur Stadtspitze gehört auch Willy Weilhard (SPD), zuständig für Finanzen und die Spitalstiftung. Sehr harmonisch ist das Zusammenspiel der drei Bürgermeister nicht: Beiden Bürgermeistern merkt man an, dass sie sich jeweils als die eigentliche Nr. 1 in der Stadt fühlen, eine Rolle, in der sich Helmle auch vom Landrat bedrängt fühlt: Nicht dem stehe für das Dienstfahrzeug das Autokennzeichen KN 1 zu. Helmle fordert wiederholt, Konstanz solle wieder kreisfreie, vom Landkreis unabhängige Stadt werden. Die Forderung wird nicht erhört, der Flurschaden im Kreis ist freilich beträchtlich.

Die Stadt ist nicht reich, liegt in ihrer Steuerkraft deutlich unter der vergleichbaren Städte, ist damit abhängig von den Zuweisungen des Landes, die über 30 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachen. Ohne zusätzliche Kreditaufnahmen lässt sich der Haushalt nicht fahren. So steigt die Verschuldung innerhalb von zehn Jahren von 26,5 auf 73,2 Millionen DM.

Dem eingeschränkten Finanzrahmen zum Trotz denkt man in der Stadtplanung in großen Dimensionen, plant für eine Einwohnerzahl von 80 bis 90 000, redet über »städ-

tebauliche Dominanten« und meint damit Hochhäuser, diskutiert eine Brücke über den Bodensee und die Schiffbarmachung des Hochrheins mit einem Freihafen im Tägermoos. Und man diskutiert über »Heuwagen« – das Bild eines umgestürzten Heuwagens auf der einzigen Rheinbrücke ist das Symbol für die Notwendigkeit einer weiteren Brücke. Drei Möglichkeiten werden über Jahre hin und her gewendet: Eine Brücke ganz im Westen mit einer Straßenführung durchs Tägermoos, eine eigentlich für die Bahn freigehaltene Trasse im Zuge der heutigen Schänzlebrücke und eine Brücke von der Reichenaustraße zur Schottenstraße und das gerne auch vierspurig.

Der Einwohnerzuwachs ist zunächst nicht auf die Universität zurückzuführen, sondern auf die Industrie. Telefunken hat schon 1962 1800 Beschäftigte und wird lange Zeit groß bleiben, gestützt auf die Briefsortieranlagen (die erste voll funktionsfähige Anlage geht 1966 in Betrieb) und den Bau von Großrechnern. Die pharmazeutische Industrie – Byk Gulden – floriert, ebenso Degussa. Am Erfolg des Degussa-Spitzenprodukts, Methionin, kann häufig die ganze Stadt teilhaben, ein Gerucherlebnis, auf das man ebenso gerne verzichtet wie auf den Anblick eines von den Abwässern der Textilfirma Herosé farbenfroh aufgemischten Rheins. Mit Herosé geht es freilich bald bachab, schon 1970 sind von den ursprünglich 1100 Arbeitsplätzen nur noch 750 übrig. Nicht besser ergeht es der anderen renommierten Textilfirma Stromeier, die 1973 schließlich Konkurs anmeldet.

Die Stadt verändert ihr Gesicht: Go West heißt die Devise in den 1960-er Jahren. Dort wächst die Stadt, während die Bedeutung des linksrheinischen Teils abnimmt. Hier wohnen nur noch 60 Prozent der Einwohner, zehn Jahre früher waren es noch fast 80 Prozent. Eine Soziologin der Universität analysiert städtebauliche Sanierungen in der Bundesrepublik, das Buch trägt den Titel »Rückständige Viertel«. ²² Eines dieser Viertel: Die Konstanzer Niederburg. Katrin Zapf sieht dort noch keine Anzeichen von Verslumung – noch nicht: *Noch verläuft die Degradierung der Altstadt langsam. Noch wäre sie aufzuhalten.* ²³ Diesen Stadtteil, der zeitweise einen Ausländeranteil von bald 40 Prozent aufweist, preist übrigens heute ein bekanntes Immobilienunternehmen – neben dem Musikerviertel – als Ia-Wohnlage in Konstanz an.

Ab der Mitte des Jahrzehnts beschleunigt sich der Stadtausbau. Immer mehr Baugebiete entstehen. Rheingut, Pfeiferhölzle, Öhmdwiesen, Berchen, Schwaketengebiet sind einige Beispiele, nicht gerade mit großer stadtplanerischer Vision umgesetzt. Die Bebauung des Bettenbergs scheitert an der Anwesenheit des französischen Militärs, der Vorschlag des Baudezernenten, den Schwaketenwald zu überbauen, an massiven Protesten. Unglaublich zügig vollzieht sich der Bau der Universität.

DER BAU DER UNIVERSITÄT

Wir erinnern uns: Der Landtagsbeschluss zur Errichtung der Universität fällt im Februar 1964. Im selben Jahr bereits wird für den Aufbau der Universitätsbibliothek eine Halle an der Bücklestraße angemietet. Im Frühjahr 1966 werden Teile des Inselhotels bezogen; in der Brotlaube 1 kommen die Bildungsforscher unter. Zur selben Zeit beginnen die Bauarbeiten auf dem Sonnenbühl. Hier sollen eine kleine Studentenstadt und Laborgebäude für die Naturwissenschaften entstehen. Diese zweite Vorstufe des Universitätsaufbaus hat eine wichtige Funktion für den Endausbau: Der Komplex, so Horst Linde, einflussreicher Leiter der Bauverwaltung des Landes, soll Nucleus für das entstehende Große sein; Lehre, Forschung, Zusammenleben werden dort, quasi unter Laborbedingungen geübt.²⁴

Am 21. Juni 1966 wird der Grundstein für den großen Bau auf dem Gießberg gelegt – an einer Stelle, die den späteren Bau nicht behindern wird. Für den haben die Planer klare Grundsätze und Vorstellungen. Drei Leitfiguren seien hier genannt:

- der bereits erwähnte Paul Linde,
- Wenzeslaus Ritter von Mann, Leiter des Universitätsbauamts,
- Wilhelm von Wolff,²⁵ im Bauamt leitender Architekt.

Für sie ist wichtig: Eine Universität einer neuen Prägung ist nicht nur Ort für Lehre und Forschung, sie ist ein sozialer Ort. Schritt für Schritt entwickeln sie ihr Bild der neuen Universität. Dieses Bild, resümiert Linde, war geprägt von einem Kranz geistes- und naturwissenschaftlicher Disziplinen, die aufknappen Raum die im Schwerpunkt der Anlagen ruhenden Einrichtungen mit der Bibliothek so umlagern, dass eine eng verflochtene Stadt der Wissenschaft und der Lehre sich in einer Vielzahl menschlicher Lebensräume als geschlossene Einheit darstellt.²⁶ Bildhaft formuliert Wilhelm von Wolff: Die Menschen sollten durch die Universität wandern können wie in einer Altstadt, Plätze und Gassen sollte es geben für zwangloses Zusammenkommen, vielleicht Geheimnisvolles hier und dort, um Erwartungen zu wecken.²⁷ Man mag solche Vorstellungen für idealistisch überhöht halten, die Planer haben sie baulich genial umgesetzt. In der Praxis freilich haben die Studierenden mit dem Druck auf kürzere Studienzeiten und damit verbundenen Regulierungen zu kämpfen, die Wissenschaftler mit dem ständigen Karriere- und Profilierungsdruck. Vor allem aber: Es sind gebaute Vorstellungen für eine Reformuniversität mit maximal 3000 Studierenden.

Dennoch: In den fast vierzig Jahren, die ich in diesem Gebäude gearbeitet – im Sinne der Planer besser gesagt: gelebt habe – wurde mir dieses Gebäude nie langweilig, nie bedrückend; es ist wandlungsfähig, bei allen Erweiterungen nach wie vor als Gesamtkunstwerk in seiner ursprünglichen Gestalt erkennbar. Profaner zwar, aber mindestens genauso wichtig: Baubeginn Dezember 1969, Bezug bereits Ende 1972, Baukosten im Wesentlichen eingehalten. Die Planer geben sich dabei wenig präventiv. Nüchtern das Urteil von Horst Linde: Der Bau der Universität Konstanz ist beispielhaft für die Beherrschung der

Technik im Geist der Architektur. Im Zusammenwirken von Baumeister und Ingenieur sind wirtschaftliche und zeitsparende Konstruktionen einer menschlichen Arbeitswelt dienstbar gemacht.²⁸

Seit 2012 ist der Universitätscampus mit seinen zwischen 1969 und 1983 entstandenen Bauten ein eingetragenes Kulturdenkmal. Dazu gehören die Bauten und die Landschaft. Wohl in Erinnerung an die Pläne der Stadt in den frühen 1970-er Jahren, eine vierspürige Verbindung zwischen Mainau- und Friedrichstraße zu schaffen, mahnt Linde 1979: Es sind vor allem präventive Ordnungsfunktionen im Raume zwischen Stadt und Universität zu erfüllen. Die Freihaltung des vorgelagerten Talraumes vom Durchgangsverkehr [...] darf hier als Beispiel angeführt werden.²⁹ Die immer wieder zu hörende Forderung nach einer Verbindung von der Mainaustraße zu den Uni-Parkplätzen wäre ein weiteres Beispiel.

Für das Bauwerk einer Universität sind Architekten, Ingenieure und die öffentlichen Geldverwalter zuständig. Die Innenarchitektur und -einrichtung muss von der Universität selbst gestaltet werden – zumindest, wenn es um eine Reformuniversität geht.

DIE »INNENARCHITEKTUR« DER UNIVERSITÄT

Nach dem Landtagsbeschluss vom Februar beruft die Landesregierung im Frühjahr 1964 einen Gründungsausschuss, der Leitlinien für Struktur und Organisation der neuen Universität erarbeiten soll. Vorsitzender wird Gerhard Hess, ehemals Rektor der Universität Heidelberg, vormaliger Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Mitglied des Wissenschaftsrats, ebenso renommiert und bundesweit bekannt wie sein Stellvertreter Ralf Dahrendorf. Sekretär wird Günter Schlensag, bis dahin stellvertretender Generalsekretär des Wissenschaftsrats, später dann Leitender Verwaltungsbeamter der Universität. Hinzu kommen weitere angesehene Wissenschaftler, Ministerialbeamte, auch der Konstanzer Oberbürgermeister und die Leiter der Arbeitsstellen Bau und Bibliothek.

Der Bericht des Ausschusses wird im Sommer 1965 vorgelegt, ein halbes Jahr später von der Landesregierung genehmigt. Es gibt klare Leitlinien: Die neue Einrichtung soll Lehre und Forschung betreiben, Bildung statt bloßer Ausbildung vermitteln. Und es wird eine Obergrenze definiert: 3000 Studierende. In der Stellungnahme der Landesregierung bleibt freilich eine Tür für eine höhere Studentenzahl und mehr Fächer, insbesondere Rechtswissenschaft, offen.³⁰ Eine Hintertür halten sich Regierung und Landtag offen, nämlich die »einer Überprüfung der Vorschläge hinsichtlich des juristischen Studiums an der UK«. Mag sein, dass hier schon an eine Überschreitung der Obergrenze gedacht wird, mag auch sein, dass nach Auffassung der Juristen in Bürokratie und Parlament zu einer »richtigen« Universität auch die Rechtswissenschaft gehöre. Eine bewusste Beschränkung der Fächer wird ausdrücklich empfohlen: Theologien und Medizin wird es nicht geben, der Gedanke an ein »Mittelmeerzentrum« überlebt schon den Gründungsausschuss nicht.

Die einzelnen Disziplinen werden drei Fakultäten zugeordnet: der Philosophischen, der Sozialwissenschaftlichen und der Naturwissenschaftlichen Fakultät. Die Kompetenzen der Fakultäten bleiben faktisch begrenzt auf Vorschläge für die Besetzung von Lehrstühlen. Was es an der UK gar nicht gibt, sind Institute. Die Lehrstühle werden in kleinen Fächergruppen, Fachbereiche genannt, zusammengefasst, die als Einheiten der Lehre und der Forschung verstanden werden und die ihre Angelegenheiten, auch die Verwaltungsaufgaben weitgehend selbst regeln sollten und in denen Dozenten und Assistenten gleichberechtigt mit den Lehrstuhlinhabern zusammenwirken. Die Idee des Fachbereichs als Einheit für Forschung und Lehre wird schon im Januar 1967 aufgegeben, der Fachbereich ist nun also als Einheit der Lehre;³¹ für die Forschung werden Zentren vorgesehen und die Möglichkeit für Wissenschaftler, sich Projektmittel durch den zentralen Forschungsausschuss zuweisen zu lassen, zur damaligen Zeit wohl eine singuläre Idee. Für die Lehre wird 1969 ebenfalls ein zentraler Ausschuss gebildet, dessen erster Vorsitzender: Hans Robert Jauß. Gänzlich neu ist auch die Zentralisierung der Dienste, namentlich der Bibliothek und der Technik. Die Universität gibt dafür ein erstes und richtungweisendes Beispiel in der Bundesrepublik. Das in Konstanz aufgegebene duale Prinzip des Nebeneinanders von Zentralbibliothek und Instituts- bzw. Seminarbibliotheken wird bald einer der Glanzpunkte der Universität führen – in den Semesterferien gerne auch genutzt von jungen Konstanzern, die an anderen Universitäten studieren. Ein weiterer Glanzpunkt: Die Verwaltung der jungen Universität. Leitender Gedanke: Wissenschaft und Wissenschaftler von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, auch in den Fachbereichen. Der Gründungsbericht gibt Leitlinien vor, bleibt in manchen Bereichen vage. Zum Studium findet sich wenig.

Wenig findet sich auch zu den beiden Gruppen, die in den universitätsinternen Diskussionen zur Innenarchitektur neben den Professoren von besonderer Bedeutung sind: den Assistenten und den Studierenden, die sich in bis dahin nicht gekannter Intensität am Universitätsaufbau und der Entwicklung organisatorischer und inhaltlicher Reformkonzeptionen beteiligen.

Die wenigen Sätze im Gründungsbericht zu den Assistenten lassen nicht mehr erkennen, so Herbert Nesselhauf, Mitglied des Gründungsausschusses, *wie sehr dieses Thema den Gründungsausschuss beschäftigt hat, denn hier ging es tatsächlich um die Macht der Ordinarien*³² oder, wie es die damaligen Assistenten und späteren Professoren Wolf Dieter Narr und Rudolf Hickel formulieren, *um die seltsam feudal handwerklichen Meister-Gesellen-Beziehung zwischen Ordinarius und Assistenten*.³³ Im Sommer 1966 formiert sich, zunächst eher locker, eine Vereinigung der Konstanzer Assistenten und diskutiert über Titelgebrauch und Titelverzicht. Allerdings, berichtet Narr, *es fiel vielen schwer, den Titelgebrauch ›Professor X‹ und ›Professor Y‹ selbst im Assistentengespräch zu unterlassen*.³⁴ Während man in Konstanz alte Zöpfe abschneiden will, gibt es anderswo völlig gegensätzliche Entwicklungen: So beschließt der Senat der Universität Tübingen noch im Frühjahr 1967, das Recht zum Tragen von Talaren auf außerplanmäßige und Honorarprofessoren auszuweiten, also nicht

nur Lehrstuhlinhabern einzuräumen. Im Herbst 1967 wird dazu in Hamburg ein Kontrapunkt gesetzt werden.

Unter den Studenten geht es, auch in Konstanz, damals noch recht förmlich zu: Man ist per Sie von Kommilitone zu Kommilitone, jedenfalls zunächst.

In Konstanz will man die persönliche Abhängigkeit der Assistenten von Ordinarien lockern bzw. lösen, die Assistentenzeit klar und zeitlich begrenzt strukturieren und eine hinreichende Mitbestimmung der Assistenten auf Fachbereichs-, Fakultäts- und Senats Ebene erreichen. Folgerichtig werden teilweise Assistentenstellen den Fachbereichen zugeordnet, nach vier Jahren befindet ein Personalausschuss des Fachbereichs über die Eignung eines Assistenten zur Habilitation, in den folgenden zwei Jahren soll der Assistent sich vorwiegend seiner Habilitationsschrift widmen.

Im Fachbereich Geschichte schaffen wir eine ganz dem Fachbereich zugeordnete Assistentenstelle für Zeitgeschichte; die Auswahl für diese Stelle liegt nicht bei einem Ordinarius, sondern beim Fachbereich. Aus dem Auswahlverfahren geht ein Nachwuchswissenschaftler namens Lothar Burchardt hervor – ein Gewinn für Universität und Stadt. Man kann ihn mit gutem Grund den ersten Juniorprofessor der Bundesrepublik nennen – eine Position, die förmlich in der Republik erst 2002 eingerichtet wird.

Zur Zeit der Berufung Lothar Burchardts bin ich Sprecher des Fachbereichs. Dass ein Student FB-Sprecher werden kann, steht nicht im Gründungsbericht, auch nicht in der »Vorläufigen Grundordnung«. Auch in Konstanz ist es so völlig selbstverständlich, dass eine solche Position Professoren vorbehalten ist, dass man das gar nicht regeln muss. Studenten und Assistenten der Geschichte nutzen die Regelungslücke, die Professoren respektieren das.

Ähnliches geschieht – freilich mit anderem Ausgang – im Januar 1968. Im Großen Senat geht es um die Wahl des Prorektors. Es kandidieren der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Horst Sund, und der Student Gerd Winter. Angesichts der Zusammensetzung des Großen Senats ist das Ergebnis vorhersehbar: 15 Stimmen für Sund, drei für Winter. Aber die Kandidatur eines Studenten, dieser Tabubruch wird von vielen Professoren nicht hingenommen. Es erhebt sich, wie es in einer studentischen Erklärung heißt, *lautstarker Protest*.³⁵ Vielleicht hat man aus dem Vorgang beim Fachbereich Geschichte gelernt: Die Studierenden werden jetzt auf die Observanz, das Gewohnheitsrecht verwiesen, was heißen soll: Was immer so war, gilt, auch wenn es nirgendwo kodifiziert ist. Damit nicht genug: Sie werden aufgefordert, ihr Verhalten zu begründen. Sie tun das: Das Amt des Prorektors sei nicht so sehr ein Ehren- und Repräsentationsamt, sondern ein hochschulpolitisches. Kandidaten müssten deshalb ein hochschulpolitisches Programm vorlegen. Sinnvoll wäre dies allerdings nur, wenn der Prorektor von einem Gremium gewählt würde, in dem alle Universitätsangehörigen angemessen repräsentiert wären. In einem Beitrag mit der Überschrift »Konstanzer Feuer« für die in Bratislava erscheinenden Studentenzeitung ECHO formulieren Wilfried Nagel und ich unseren Anspruch und

unser Verständnis so: *An der Universität Konstanz bedeutet Demokratisierung die Möglichkeit, an der Herrschaft, der man unterworfen ist, entscheidend beteiligt zu sein.*³⁶

Dies zu regeln und zwar in einer neuen Grundordnung, die von der Universität selbst erarbeitet wird – die »Vorläufige Grundordnung« von 1966 war »im Benehmen« mit dem Gründungsausschuss von der Landesregierung erlassen worden –, musste spätestens erfolgen, wenn 30 Lehrstühle oder mindestens je acht in jeder Fakultät besetzt waren.

Die Diskussion über die endgültige Grundordnung wird die Reformuniversität jahrelang beschäftigen, sie fast zerreißen und bald fragen lassen, wie weit und wie lang der legendäre »Konstanzer Konsens«, auch als akademischer »Contrat social« bezeichnet, tragen würde. In der Anfangszeit beschließt man Spielregeln und Grundsätze selbst, notieren Jauss und Nesselhauf, und muss nur diejenigen überzeugen, die alte Privilegien freiwillig aufgaben, als sie nach Konstanz kamen, um an der Bildung dieser zugleich offenen und geschlossenen Gesellschaft teilzunehmen.³⁷ Nun kommen aber immer mehr Studierende und Professoren einfach an eine in Konstanz beheimatete Universität, das Bewusstsein, an eine besondere Universität zu kommen, an die Reformuniversität Konstanz gehen zu wollen, schwindet.

Der Konstanzer Grundordnungskonflikt und die anschließende Verfassungskrise sind selbst heute noch manchmal Gegenstände konträrer Diskussionen. Frühere sind ausführlich beschrieben und interpretiert im Sammelband mit dem Resignation verratenden Titel »Gebremste Reform. Ein Kapitel deutscher Hochschulgeschichte, Universität Konstanz 1966–1977«. Beschränken wir uns auf den Beschluss des Großen Senats vom März 1969, der seine künftige Zusammensetzung regeln soll. Auch wenn es immer so genannt wird: Die sogenannte Drittelparität – Professoren, akademischer Mittelbau, Studenten – ist keine, schon rechnerisch nicht. Dass grundordnungsrelevante Beschlüsse einer Zweidrittel-Mehrheit aller Mitglieder bedürfen, damit praktisch die Gruppe der Habilitierten – und nur diese Gruppe – alleine ein Veto einlegen kann, wird kaum beachtet. Der Beschluss geht dennoch einigen Professoren entschieden gegen den Strich, sie wenden sich, teils unter Umgehung des Dienstweges, an das Ministerium, das zögernd die Genehmigung nach über einem Jahr erteilt. Dagegen klagen die Professoren. Die Klage führt zum Erfolg. Das Urteil stützt sich ganz formaljuristisch darauf, dass das Ministerium genehmigt habe, es hätte zur Rechtswirksamkeit erlassen müssen. Für das Ministerium ist das ein willkommenes Einfallstor, eigene Vorstellungen durchzusetzen und Fehlentwicklungen zu beseitigen. Also wird nicht, was möglich gewesen wäre, der vom Verwaltungsgerichtshof gerügte formale Fehler korrigiert, sondern die Vorschläge der Universität zur Grundordnung werden abgelehnt, monatelange Bemühungen von Rektor Hess bleiben erfolglos, es folgt ein ministerieller Oktroi. Rektor und Prorektoren treten zurück, ein Staatskommissar, Theopont Diez, wird eingesetzt. Die Phase der in den 50-er und in den frühen 60-er Jahren praktizierte ist vorbei, notiert Horst Rabe.³⁸ Für die Universität Konstanz fallen bisher eingeräumte Experimentierklauseln weg, die eine eigene,

selbst bestimmte Entwicklung ermöglichen – kurz, Anfang der 1970-er Jahre wird die Infektionsgefahr für andere Hochschulen eingedämmt, die Universität Konstanz wird »normalisiert«: Ihre Frühgeschichte geht dem Ende entgegen. Es fehlt noch ein Blick auf die Studierenden der Reformuniversität.

STUDENTEN IN KONSTANZ

Mein persönlicher Weg von Tübingen nach Konstanz führt über Bratislava. In Tübingen haben wir – ohne förmliche Billigung und unter misstrauischer Beobachtung durch das Rektorat – Kontakte zur Studierendenvertretung in Bratislava geknüpft.

Bratislava, nicht Prag, nach dem Motto: Lieber unter den ersten in Bratislava als 31. in Prag. Im Sommer 1966 erwarten wir eine Delegation aus Bratislava. Ich bitte Ralf Dahrendorf, der mich aus Tübingen kennt, um einen Termin. Wir besuchen ihn im Insel-Hotel. Danach steht für mich fest: Ich will an diese Uni, ich will nicht nur über Hochschulreformen diskutieren, sondern konkret daran mitwirken.

Als Student kommt man damals nur an die Universität, wenn dies ein Professor will. Im Gefolge von Horst Rabe, einem jungen Tübinger Historiker, schaffe ich die Hürde der Zulassung in Konstanz.

Wie sieht es mit der Willkommenskultur der Stadt im Jahr 1967 aus? Überwältigend ist die Resonanz auf meine Zimmersuch-Anzeige im Südkurier. Wir holen die Antworten im Südkurier am Fischmarkt ab, gehen um die Ecke in das Gasthaus »Burengeneral« und zählen die Angebote: Es sind 50. Ob diese Riesenzahl, unfassbar für Tübinger Verhältnisse, Ausdruck freudiger Wertschätzung ist, oder die Ursache darin findet, dass die Stadt der Universität wegen das Untermietverbot in städtischen und Wobak-Wohnungen aufgehoben hat, mag offen bleiben. Es ist wohl vor allem ein Ausweis der sozialen Lage vieler Konstanzer. Klar ist: Studentenbude heißt damals in aller Regel: Kleines Zimmer, Toilettenmitbenutzung, kein Bad. Erfahrene Vermieter, die bisher an FH-Studenten vermietet haben, runzeln die Stirn über den ganz anderen, wenig reglementierten Tageslauf der Uni-Studenten.

Wir sind im Insel-Hotel jetzt 70 Studierende, im nächsten Semester werden es schon 180 sein. Aus der besonderen Zulassungsvoraussetzung ergibt sich eine vergleichsweise untypische Zusammensetzung der Studentenschaft: Anfangssemester fehlen, es dominieren Studierende in Examensnähe und Doktoranden in der Vorbereitung auf die Promotion.

Man muss aufpassen, die Erinnerung an die Zeit im Insel-Hotel nicht zu romantisieren. Aber es gibt so etwas wie einen genius loci – oder, hängen wir es ein bisschen tiefer – ein besonderes Gemeinschaftserlebnis. Das beginnt schon mit dem einen Eingang für alle. Rechts neben dem Eingang ist der Empfang. Eine der beiden Damen ist Gaby, gerade mal 17 oder 18 Jahre alt. Gaby vermittelt Telefongespräche und kleidet sich

modisch. In der Verwaltung wird diskutiert, ob sich Miniröcke mit der Würde einer Universität vertragen.

Im Erdgeschoss, dem heutigen Festsaal, befinden sich die Arbeitsplätze für die Assistenten und die Studenten. Die Professorenzimmer und die Verwaltung sind in den oberen Stockwerken. Man sieht und trifft sich täglich, Privatheit ist schon räumlich nicht möglich. Fast alle Studenten sind gleichzeitig angestellte Hilfskräfte. Ich, Geschichte und Politik studierend, bin Hiwi bei den Anglisten, einem Assistenten untergeordnet. Dieser kreuzt in zahllosen Verlags- und Antiquariatskatalogen die Bücher an, die beschafft werden sollen. Ich übertrage die Kreuze auf Beschaffungsformulare für die Universitätsbibliothek und leiste so meinen Beitrag zum Aufbau dieser großartigen Einrichtung.

Würde es nach dem Gründungsbericht gehen, hätten Studierende auch an der Reformuniversität wenig zu melden. Dort heißt es, *das die Angelegenheiten, die die Universität im ganzen betreffen, grundsätzlich auch die Studenten angehen. Sogleich wird patriarchalisch eingeschränkt, dass sie an den Aufgaben mitarbeiten (sollen), die sie nach Alter und Ausbildungsstand beurteilen und lösen können.*³⁹ Auch in sehr heftigen und kontroversen Diskussionen wird uns dieser Satz nie vorgehalten, wenngleich das patriarchalische Denken durchaus spürbar ist. Horst Rabe wird später im Rückblick auf seine Prorektorenzeit und den Verfassungskonflikt resümieren: *Gewiss wären auch viele Professoren und Assistenten bereit gewesen, die Interessen der Studenten aufzunehmen und zur Geltung zu bringen aber warum sollten die Studenten das nicht selbst tun? An der erforderlichen Sachkunde und am Artikulationsvermögen [...] von Studenten bestand nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre kein Zweifel.*⁴⁰ Wir selbst haben auch keine Zweifel an unserer Sachkunde und unserem Artikulationsvermögen.

Die Überlegungen zur Neugestaltung des Studiums – die Übernahme der Regeln und Nichtregeln traditioneller Universitäten verbieten sich von selbst – verdichten sich zu einem schon im Gründungsbericht angelegten Grobkonzept:

- nach vier Semestern gibt es eine Zwischenprüfung,
- nach weiteren vier Semestern folgt die Abschlussprüfung,
- für die Geeigneten gibt es dann ein viersemestriges Aufbaustudium, das mit dem Lizentiat oder der Promotion endet.

Um das Grobkonzept realisierbar zu machen, sollen Studienpläne erarbeitet werden, jeder Student im Grundstudium einen eigenen Tutor erhalten. Für das Verhältnis Lehrkörper zu Studenten wird eine Relation von 1:3 angestrebt. Die herkömmlichen Lehrveranstaltungsformen, namentlich die Frontalvorlesung, sind in einem so intensivierte Studium nicht sinnvoll. Unterricht in kleinen Gruppen heißt das Motto, darin wird der einsame Monolog des Professors durch die Diskussion zwischen Lehrenden und Lernenden zwangsläufig abgelöst. Wie das gemacht wird, dafür gibt es kein didaktisches Lehrbuch. *Im ersten Jahr ihres Bestehens, schreiben wir in unserem Beitrag für das ECHO in Bratislava, gleich die Universität einem Laboratorium, in dem jeder mit neuen Formen von*

Lehrveranstaltungen experimentiert.⁴¹ Die Abkehr von der Vorlesung schmerzt manchen Professor, man findet stattdessen den Begriff Kurs, kurz und uneindeutig beschrieben als Mischung von Vorlesung und klassischem Seminar. Neu ist auch, dass viele Veranstaltungen nach Abschluss kritisch überprüft oder, im heutigen Sprachgebrauch: evaluiert werden. So gibt es zum Beispiel im Fachbereich Soziologie einen Fragebogen mit 26 Fragen. Die betreffen sowohl Dozenten wie Studierende.

Der Weg zum neuen Studium ist schwierig und langwierig. Der »Allgemeine Studentenausschuss« zieht nach vier Semestern eine Zwischenbilanz: *Noch weiß niemand, wie die ideale Lehrveranstaltung aussieht, nicht alle Studienpläne sind fertig, die Gefahren des ‚fachidiotischen‘ Studierens sind noch nicht gebannt; Lehrenden fällt es oft nicht leicht auf ihre traditionellen Vorrechte zu verzichten, Studenten haben nicht weniger Mühe, ihre neuen Rechte und Pflichten wirklich zu nutzen.*⁴²

Wir wollen, dass die Universität sich nicht abschottet. Im Juli 1967 laden Nikolaus Westphal und ich im Auftrag des AStA Persönlichkeiten und Vertreter von Institutionen in Konstanz zu einem Sommerseminar ein. Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg, getötet von einem Polizisten am 2. Juni 1967 durch einen Schuss in den Hinterkopf, hat uns auch in Konstanz tief getroffen. Wir fragen: Sind die Vorfälle in Berlin ein Beispiel für mögliche gesellschaftliche Tendenzen in Deutschland und stellen fünf Thesen zur Diskussion, darunter die:

- Demokratisierung der Öffentlichkeit und der Universität sind untrennbar (Demokratisierung wird verstanden als Abbau von autoritären Strukturen),
- Das Verständnis von Demokratie ist in den verschiedenen Generationen unterschiedlich.
- Irrationale Herrschaft erträgt es nicht, ihrer Mittel überführt zu werden.⁴³

Das Seminar kommt zustande, kein Oberbürgermeister, kein Bürgermeister folgt der Einladung, wohl aber kommen Hermann Venedey und Hans Stather. Venedey, personifiziertes Sinnbild des »anderen« Konstanz, formuliert öffentlich *Revolution ist eine wunderbare Utopie* – was für ein Satz eines Direktors eines baden-württembergischen Gymnasiums!

Hans Stather ist der Konstanzer Polizeichef. Wir finden zunächst über das Seminar eine gemeinsame Gesprächsebene. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Ein gewaltsames Zusammentreffen von Polizei und Studenten soll es nicht geben, nicht in Konstanz. Wir wissen, dass Hans Stather seinen Polizisten eine liberale Haltung zu vermitteln versucht. Und wir wissen, dass er sich damit bei Vorgesetzten wie Untergebenen nicht nur Freunde schafft.

Studieren, an der Reform mitarbeiten, politische Aktivitäten – all das geht, wenigstens bei den meisten. In dem Artikel im ECHO schätzen wir den Anteil der politisch interessierten Studenten republikweit auf 50 Prozent, den dieser Gruppe in Konstanz auf 70 bis 80 Prozent. Dafür haben wir empirische Belege, die wir bei jeder Demonstration oder anderen politischen Aktivitäten bestätigt sehen.

Studentenproteste in Konstanz: Mehr als nichts, aber auch nicht viel, urteilt auch sichtlich erfreut OB Helmle. In Konstanz, sagt Helmle wurde zwar auch in kleinem Rahmen schon demonstriert. Es handelte sich um Demonstrationen wegen stadtfremder Ereignisse wie Vietnam-Krieg und Notstandsgesetz. Immerhin: Demonstrationen gehören nun einmal im demokratischen Rechtsstaat zur legitimen Meinungsäußerung. Das Rechtsgut auf freie Meinungsäußerung ist ebenso hoch einzuschätzen wie das Rechtsgut auf Ruhe und Ordnung⁴⁴.

Man wird selten Quellen finden, in denen in wenigen Sätzen sich die oberflächliche Beobachtung eines Älteren und Unterschiede zwischen den Generationen, zwischen Autoritäten und jüngeren Menschen so offenbaren. Der Vietnam-Krieg ist für uns kein stadtfremdes Ereignis, er lässt an einem Amerika zweifeln, das uns zu Zeiten John F. Kennedys noch als ein Land im Aufbruch zu mehr Freiheit und Demokratie galt. Wir sehen die engen Beziehungen der bundesdeutschen Politik zur Franco-Diktatur in Spanien, zu dem faschistischen Regime in Portugal und den griechischen Obristen in Griechenland – Portugal und Griechenland sind auch NATO-Verbündete. Bei der Diskussion über die Notstandsgesetze ist die Erinnerung an die Weimarer Republik und das »Dritte Reich« sehr wohl vorhanden. Autoritäre Strukturen sind in Gesellschaft und Politik längst nicht abgebaut. Bundeskanzler Ludwig Erhard, der kritische Schriftsteller durchaus mal »Pinscher« nennt, will eine »Formierte Gesellschaft« aufbauen. Bei Iring Fetscher in Frankfurt schreibe ich dazu ein Referat mit dem Titel »Rechtsradikale Tendenzen bei Ludwig Erhard«. Wir sehen an vielen Stellen den Widerspruch zwischen Verfassungsversprechen und Verfassungswirklichkeit. Wir sehen auch Konstanz. Die »Gammler am Hafen«, über die der Südkurier im Sommer 1968 schreibt, sind zwar einfach nur junge Leute, ihr Herumsitzen aber »ist ein Ärgernis nicht nur in den Augen der Spießbürger«. Das »Ärgernis« veranlasst die Stadtpolitik zum sofortigen Handeln. Triumphierende gedruckte Freude am nächsten Tag: Mit eilig gepflanzten Blumen werden die jungen Leute vom Zeppelin-Denkmal vertrieben. »Geranien gegen Gammler« titelt der Südkurier. »Gammler« bleiben ein Thema in Konstanz, bis es schließlich 1970 nach wochenlangen Kampagnen gegen die »Langhaarigen«, nach öffentlichen, von Helmles Sympathie begleiteten Rufen nach einer »Bürgerwehr« einen unpolitischen Lehrling trifft. Ein vom Leben benachteiligter, von dem Ruf nach Selbstjustiz beeindruckter Wirrkopf bringt ihn mit einem Hasentöter ums Leben.

An der Universität bilden sich bald politische Studentengruppen, die freilich, wir sind ja in einer Reformuniversität, sich eigene Namen geben. Die »Demokratische Aktion« steht der SPD nahe, die »Rationaldemokraten« der FDP. Die revolutionäre Linke bleibt traditionell, formiert sich auch in Konstanz als »SDS/Sozialistischer Deutscher Studentenbund«. Zur Gründung des RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten) ruft ein Plakat im November 1969 auf. Die bestehenden politischen Gruppen beschließen: Den RCDS übernehmen wir, treten massenweise in die Neugründung ein, besetzen den Vorstand paritätisch. Der Südkurier berichtet erfreut über die weitere Normalisierung des Lebens an der Universität Konstanz und berichtet über unsere erste Aktion als

RCDS: Seit Wochen fordern die Medien einer dubiosen Rentengeschichte wegen den Rücktritt des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier. Wir schicken ihm ein Solidaritätstelegramm, das Ton und Stimmungslage der Konstanzer CDU genau trifft. Sie will nun vom Südkurier einen Widerruf, das der ablehnt, er habe schließlich wahrheitsgemäß berichtet. Studenten engagieren sich auch in den Konstanzer Parteien, vor allem in der FDP und der SPD.

Natürlich gibt es auch an der Universität Konstanz Demonstrationen, Go-Ins, Sit-Ins, einmal wird ein Professor in seinem Dienstzimmer eingesperrt, natürlich gibt es auch seelische Verletzungen. Aber wir sind an dieser Universität konsensorientiert, unbeirrbar rational und wollen uns den Glauben, dass wir alles mit dem Verstand klären können, nicht nehmen lassen, am wenigsten von uns selbst. Und so ist schließlich die eine Freiheitsberaubung, die das Einsperren wohl war, eigentlich allen peinlich; es gibt auch keine Strafanzeige.

Die kleine Zahl an Studenten verhindert keine Diskussionen, behindert sie auch nicht, fordert aber besondere Formen der Aktion, wenn sie denn beachtet werden sollen. Der Springer-Konzern, dessen Markt- und Meinungsmacht den Studentenprotest maßgeblich beeinflusst, lädt seine Grossisten zu einer Konferenz in das Lindauer Stadttheater ein. Wir leihen uns vom Stadttheater schwarze Umhänge und einen schwarzen Sarg, jeder von uns symbolisiert eine Zeitung des Konzerns, alle hängen an den Zügeln, die Axel Caesar Springer in den Händen hält. Unserem Zug folgt eine Gruppe mit dem schwarzen Sarg, auf dem Benno Ohnesorg steht. Es gibt bild- und wirkmächtige Fotos.

Eine erzkonservative Vortragsgemeinschaft, die »Bürgerrechtsgesellschaft« stellt die Frage »Was ist nur mit unseren Studenten los?« und lädt uns dazu in das Gasthaus Hecht ein. Wir wollen ihnen und uns eine Freude machen und spielen brave Studenten. Gaby (nicht die modisch gekleidete) und Hartmut sind sauer: Sie müssen die Bösen mimen. Wir werfen ihnen alles an den Kopf, was Politiker und Springer-Presse über die Studenten verbreiten, brüllen sie nieder und werfen sie schließlich aus dem Saal. Der Vorsitzende ermahnt uns milde. Ein angesehener Jurist freut sich, dass sich endlich mal die anständigen Studenten zu Wort melden, und unterstreicht seine Freude mit einem 50-Mark-Schein.

Wir besuchen die Veranstaltungen der Parteien. Im Landtagswahlkampf 1968 sollen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Filbinger ins Konzil kommen. Den Ablauf solcher Veranstaltungen kennen wir aus der Presse, es sind Kundgebungen, Diskussionen gibt es nicht. Wir beschließen: Wir erzwingen eine Diskussion und schreiben dafür ein Drehbuch. Wir sind gleich nach Saalöffnung da. Für die Konstanzer Bürger bleiben nur die Plätze ganz hinten. Filbinger kommt nicht, Kiesinger erheblich verspätet. Ein biederer Hopfenbauer aus Tettnang namens Adorno, nicht verwandt mit Theodor W. Adorno, hat es bis zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium gebracht. Adorno macht als Pausenfüller alles falsch, was man in einer solchen Situation falsch machen

kann, und schafft es, dass der übervolle Konzilsaal seine Frage: »Wollen Sie die Bundeswehr abschaffen?« tausendfach bejaht.

Schließlich kommt Kiesinger, den wir als »König Silberzunge« begrüßen. Der Kanzler versucht es patriarchalisch: An solch »ungebärdigen Söhne« habe er bei der Gründung der Universität nicht gedacht. Wir rufen »Vati,Vati!« und erzwingen, was es auf der ganzen Wahlkampfreise nicht gab: eine Diskussion. Alles läuft nach Drehbuch und dann das.

Bernhard, nach seiner eigenen und unserer Meinung dafür am besten geeignet, soll die Diskussion eröffnen. Kiesinger fragt ihn nach seinem Namen, hört den Namen und sagt: »Ihr gefallener Vater war mein Kriegskamerad«. Das haut Bernhard emotional die Beine weg und Kiesinger demonstriert, weshalb er als einer der begnadetsten Rhetoriker im Deutschen Bundestag gilt. Die Diskussion endet mit einem Unentschieden, das wir als halben Sieg empfinden.

1966 hat der Konstanzer Gemeinderat Kurt Georg Kiesinger die Ehrenbürgerschaft angetragen, 1976 nimmt er sie an. Bei dieser Gelegenheit spreche ich ihn auf die Veranstaltung im Konzil an. Er will oder kann sich daran nicht erinnern. An anderer Stelle erzählt er gerne, welche Erinnerung ihm bei Konstanz als erstes einfällt: Bei seiner Hochzeitsreise an den Bodensee befindet sich auf einem Bodensee-Schiff eine Schulklasse aus Spaichingen. Ein Schüler seufzt: »Oh wenn doch bloß au Spaichingen am Bodensee liege tät«.

Auch die FDP lädt ins Konzil ein, freilich zu einer Podiumsdiskussion; Thema »Sind unsere Väter noch zu retten?« FDP-Politprominenz: Ralf Dahrendorf, Wolfgang Mischnick, Fraktionsvorsitzender, Wolfram Dorn, innenpolitischer Sprecher, diskutieren mit Vertretern der drei politischen Studentengruppen. Ich antworte auf die Frage, ob die Väter noch zu retten sei, am Schluss der Veranstaltung: »Ich weiß es auch nach diesem Abend nicht« – tosender Applaus.

Ein besonderes Verhältnis entwickeln wir zum lokalen NPD-Kandidaten. Wir besuchen regelmäßig seine Veranstaltungen und diskutieren dort mit und über die NPD, eine manchmal gefahrgeneigte Tätigkeit. Als Adolf von Thadden, der Bundesvorsitzende der NPD, im Konzil auftritt, stehe ich gemeinsam mit Polizeichef Hans Stather hinter einem Wandvorhang im oberen Konzilsaal. Stather achtet darauf, dass seine Polizisten sich streng rechtsstaatlich verhalten, d. h. uns demonstrieren und protestieren lassen. Ich achte darauf, dass wir uns so verhalten, dass sich die Polizei nicht gegen uns wenden muss. Für die NPD ist die Veranstaltung ein glatter Misserfolg. Nach einer halben Stunde bricht sie die Veranstaltung ab – aus »Furcht vor einer Diskussion« wie der Südkurier vermeldet.

Es bleibt nicht alles fröhlich, friedlich und gewaltlos. Auch in Konstanz gibt es im Sommer 1968 schließlich, was wir immer und unbedingt vermeiden wollten: Polizeiknüppel und Tränengas. Einsatzleiter der Polizei: Hans Stather, Einsatzort: die Markstätte.

Die große Zahl der studentischen Besucher bei der Kiesinger-Veranstaltung im Konzil wie auch bei der Protestaktion auf der Marktstätte haben eine einfache Erklärung: Die Teilnahme der gemeinhin als brav und unpolitisch geltenden Ingenieurstudenten. Ihre Sorge: Eine bevorstehende EWG-Regelung lässt sie befürchten, künftig nur noch als Techniker und nicht mehr als Ingenieure eingestuft zu werden. Die Politik findet darauf keine Antwort, obwohl die Proteste bundesweit immer weiter anschwellen. Von Kiesinger und von Filbinger zugesagte Gesprächstermine verzögern sich. Die FH-Studenten fühlen sich im Stich gelassen, auch vom damaligen Kultusminister Wilhelm Hahn. »Gebt dem Hahn ein Huhn, dann hat er was zu tun«, wird später ein beliebter Ruf bei studentischen Protestaktionen. Bei einer Demonstration von FH-Studenten auf der Marktstätte im Juni 1968 geht ein humoristisch gemeinter Beitrag gründlich schief: An einem Galgen hängt ein Hahn.

Weshalb es an diesem Abend zu Knüppelaktionen der Konstanzer Polizei, die bei Einsätzen in Freiburg schon einschlägige Erfahrungen gesammelt hat, und zum Einsatz von Tränengas und zu Verhaftungen kommt, wird nie richtig geklärt, auch nicht, was einen besonnenen Polizeiführer wie Stather zu einem Verhalten bringt, das ihn zur Negativfigur stempelt. Hat da ein Polizeichef einfach die Nerven verloren, wie in einem »Konstanzer Extrablatt« der Konstanzer Studenten gemutmaßt wird, oder sollte nur ein Exempel statuiert werden, um den im Herbst eintreffenden neuen Kommilitonen schon jetzt zu zeigen, woher der Wind in Konstanz weht?⁴⁵ Immerhin können wir noch in der Nacht mit Stather über die verhafteten Demonstranten reden; sie werden am frühen Morgen frei gelassen.

Die Vorfälle auf der Marktstätte signalisieren nicht nur einen Bruch in unserem Verhältnis zur Polizei, sie zeigen auch Veränderungen innerhalb der Studentenschaft auf. Noch im April 1968 fordert der stellvertretende Uni-ASTA-Vorsitzende Wulf Drexler vom Südkurier-Chefredakteur Oexle nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, eine Stellungnahme ungekürzt zu veröffentlichen. Sie will die Bürger zur Diskussion einladen, da wir noch der Auffassung sind, dass in Konstanz mit Hilfe rationaler Argumentation und überlegter Aktionen Zustimmungen wie in anderen Städten vermieden werden können⁴⁶ – paradigmatischer Ausdruck der Überzeugung des reformistischen Teils der Konstanzer Studentenbewegung. Der radikalere Teil formuliert nach der Polizeiaktion auf der Marktstätte im »Konstanzer Extrablatt« Nr. 3: Eine Eskalation ist dann unausweichlich, wenn der Staat darauf besteht, seine autoritäre Machtstruktur zu erhalten. Am Montagabend haben wir einen Schritt dieser Eskalation der Macht und Gewalt gegenüber friedlich Versammelten erlebt. Die fragwürdige Diskussion über Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, über Gewalt und beanspruchte Legitimität der Gegengewalt wird nun auch in Konstanz geführt. Wie in der Universität insgesamt wird auch in der Studentenschaft der Konstanzer Konsens brüchig. Die Frühgeschichte der Universität nähert sich auch bei den Studierenden ihrem Ende; »Normalisierung« auch hier.

SCHLUSS

Bleiben noch zwei Fragen: Muff an der Universität Konstanz? Fehlanzeige. Aber gab es doch wenigstens Talare? Hartnäckig hielt sich lange an der Universität ein Gerücht: Als der Großverleger Burda die ersten Konstanzer Professoren nach Offenburg einlädt (und dazu eigens einen Sonderwaggon nach Konstanz schickt), habe er den Wunsch geäußert, die Professoren mögen doch Talare tragen. Es gab sie wohl, zumindest bei denen, die schon an anderen Universitäten Professoren waren. Getragen wurden sie in Konstanz aber nie und auch nicht in Offenburg.

Und eine zweite Frage: was war da mit dem Kontrapunkt zu dem Tübinger Beschluss, das Talartragen auch Extraordinarien zu erlauben? Ort der Tat ist die Aula der Universität Hamburg, Anlass eine feierliche Rektoratsübergabe, Tatzeitpunkt der 9. November 1967 – niemand nimmt damals Anstoß an diesem Datum, auch nicht die Studierenden. Eine Verbindung zum »Dritten Reich« wird später nur einer herstellen, ein Professor für Islamkunde. Während die Professoren der Universität Hamburg in ihren Talaren feierlich in die Aula einziehen, setzen sich zwei Jurastudenten, ordentlich gewandt mit Anzug und Krawatte, an die Spitze des Zuges und entfalten ihr Transparent: »Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren«. Kommentar des Islamwissenschaftlers: »Sie gehören alle ins Konzentrationslager«.

Das Foto mit dem Transparent und dem feierlichen Professorenzug wird zu einer Bildikone der Studentenbewegung. Mit dem Transparent, das heute im Hamburger Staatsarchiv lagert, wollen Detlev Albers und der gebürtige Schwabe Gert Hinnerk Behlmer, zwei Jurastudenten, auf überholte hierarchische Strukturen und Verkrustungen hinweisen. Die später und bis heute häufig wiederholte These, die »tausend Jahre« bezögen sich auf das »Tausendjährige Reich«, bestätigen die beiden nicht. Vielmehr sei es die Weiterentwicklung eines Spruchs auf einem Bauzaun auf dem Campus der Universität: »Es mieft in der Universität und das seit 100 Jahren«. ⁴⁷

Die schwarze Stoffbahn, auf der die Buchstaben mit Leukoplast festgeklebt sind, hat ihre eigene Geschichte. Sie ist Teil einer großen Bahn, die beim Trauerzug für Benno Ohnesorg in Berlin mitgetragen wurde. In Konstanz halten wir Totenwache am Insel-Hotel und auf der Marktstätte.

Anschrift des Verfassers:

Jürgen Leipold M. A., Tulengasse 5, D-78462 Konstanz, leipold-konstanz@t-online

ANMERKUNGEN

- 1 Dem vorliegenden Text liegt ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser im Frühjahr 2016 im Rosgartenmuseum Konstanz gehalten hat.
- 2 Der Zettel befindet sich im Archiv der Universität Konstanz.
- 3 Mitteilungen der Universität Konstanz Nr. 1/1967; hektografiert; Privatarchiv.
- 4 Empfehlungen des Wissenschaftsrats zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Hochschulen, Tübingen 1960.
- 5 Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen, Tübingen 1962.
- 6 PICHT, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg 1964.
- 7 DAHRENDORF, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht, Hamburg 1965.
- 8 KIESINGER, Kurt Georg: Regierungserklärung vor dem Baden-Württembergischen Landtag am 25.6.1964. Abgedruckt in: DERS.: Stationen. 1949–1969, Tübingen 1969, S. 153.
- 9 Ebd., S. 154.
- 10 KIESINGER, Kurt Georg: Ausgewählte Reden von Kurt Georg Kiesinger zur Universität Konstanz, in: SUND, Horst und TIMMERMANN, Manfred: Auf den Weg gebracht. Idee und Wirklichkeit der Gründung der Universität Konstanz, Konstanz 1998, S. 3.
- 11 Ebd. S. 5.
- 12 SUND/TIMMERMANN (wie Anm. 10) S. XII.
- 13 KIESINGER (wie Anm. 10) S. 7.
- 14 Ebd., S. 12.
- 15 Ebd.
- 16 Zitiert in: BURCHARDT, Lothar: Konstanz. Zwischen Kriegsende und Universitätsgründung (Geschichte der Stadt Konstanz, 6) Konstanz 1996, S. 537.
- 17 HELMLE, Bruno: Zeugnisse aus bewegter Zeit, Sigmaringen 1979, S. 126.
- 18 Ebd., S. 127
- 19 Ebd., S. 126 f.
- 20 REISACHER, Erwin: Steinige Wege am See. Erinnerungen eines Gewerkschaftssekretärs und Kommunalpolitikers, Konstanz 1994, S. 160.
- 21 Diese Darstellung folgt der Stadtgeschichte von BURCHARDT (wie Anm. 16) und Erinnerungen des Verfassers.
- 22 ZAPF, Katrin: Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse der städtebaulichen Sanierung der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1969.
- 23 Ebd., S. 184.
- 24 LINDE, Horst: Struktur und Architektur einer Universität. Gedanken zur Planung der Universität Konstanz, in: SUND/TIMMERMANN (wie Anm. 10) S. 78.
- 25 WOLFF, Wilhelm von: Das unbekannte Gesamte. Zur Baugeschichte der Universität Konstanz, in: Schrr VG Bodensee 128 (2010) S. 181–212.
- 26 LINDE (wie Anm. 24) S. 79.
- 27 Zitiert nach Wikipedia/Universität Konstanz: https://de.wikipedia.org/wiki/Universit%C3%A4t_Konstanz (Zugriff: 3. Januar 2017)
- 28 LINDE (wie Anm. 24) S. 80.
- 29 Ebd., S. 77.
- 30 PIAZOLO, Paul Harro: Zur Entstehung, Gestaltung und Auswirkung einer Reformuniversität, in: SUND/TIMMERMANN (wie Anm. 10) S. 88.
- 31 STRIEDTER, Jurij: Der Übergang von der Institutsstruktur zur Ordnung nach Fachbereichen, in: JAUSS, Hans Robert/NESSELHAUF, Herbert: Gebremste Reform. Ein Kapitel deutscher Hochschulgeschichte. 1966–1976, Konstanz 1998, S. 25.
- 32 NESSELHAUF, Herbert: Die Gründungsphase der Universität Konstanz, in: JAUSS/DERS. (wie Anm. 31) S. 25.
- 33 NARR, Wolf-Dieter/HICKEL, Rudolf: Konstanzer Assistenten – Der halbe Weg aus der halbverschuldeten Unmündigkeit, in: JAUSS/NESSELHAUF (wie Anm. 31) S. 98.
- 34 Ebd., S. 103.
- 35 Bericht und Erklärung zu der Sitzung des Großen Senats der Reformuniversität Konstanz vom 31.1.1966 zum Tagesordnungspunkt: Wahl des Prorektors: Vorwahlen. Flugblatt, Privatbesitz Leipold.
- 36 ECHO Bratislava, Dezember 1966.
- 37 JAUSS/NESSELHAUF (wie Anm. 31).
- 38 RABE, Horst: Die Grundordnung der Universität Konstanz, in: JAUSS/NESSELHAUF (wie Anm. 31) S. 32.
- 39 Zitiert bei NESSELHAUF (wie Anm. 32) S. 24.
- 40 RABE (wie Anm. 38) S. 32.
- 41 ECHO. Bratislava 1966.
- 42 Info-Blatt ASTA Uni Konstanz vom 1.7.1968. Hektografiert, Privatbesitz Leipold.
- 43 Info-Blatt ASTA Uni Konstanz vom 6.7.1968. Hektografiert, Privatbesitz Leipold.

44 HELMLE (wie Anm. 17) S. 133.

45 Konstanzer Extrablatt Nr. 3 vom 2.7.1968. Privatbesitz Leipold.

46 Brief AStA Uni Konstanz an Südkurier-Chefredakteur Oexle vom 14.4.1968. Privatbesitz Leipold.

47 Interview mit Behlmer. »Hamburger Abendblatt« vom 8.5.2008.